



**Niederschrift**  
**zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport**  
**der Schloss-Stadt Hückeswagen**

**Sitzungstermin:** 10.10.2017  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:25 Uhr  
**Ort:** Aula der städtischen  
Realschule, Kölner Str. 53

An der Sitzung nahmen teil:

**Vorsitzender**

Moritz, Frank

**Bürgermeister**

Persian, Dietmar Bürger-  
meister

**Mitglieder**

Becker, Jürgen  
Gembler, Regine  
Junginger, Oliver für Frau Leonhardt  
Kewel, Alexandra  
Kloppenburg, Jörg  
Meine, Martin  
Pohl, Andreas  
Sabelek, Egbert  
Ullrich, Pascal  
von der Neyen, Marc

**Beratende Mitglieder**

Grobe, Jutta  
Suder, Klaus-Peter Pfarrer,  
evang.

**von der Verwaltung**

Bever, Isabel  
Binder, Annette  
Kirch, Michael  
Klewinghaus, Dieter  
Waier, Kai

**Sachverständige**

Bütow, Christine  
Klur, Christiane bis 19.13 Uhr  
Lesemann, Udo für Frau Mohr, bis 18.45 Uhr

Löwy, Jürgen  
Paradies, Claudia  
Püschel, Gerd  
Sträter, Claudia

bis 18.45 Uhr

**Gäste**

Beilfuß, Wolfgang  
Paul, Markus

**Es fehlten:**

**Mitglieder**

Leonhardt, Tanja

**Sachverständige**

Fiebig, Marianne  
Mohr, Renate  
Noppenberger, Stefan

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die zahlreichen Besucher sowie die Vertreter der Presse.

Er begrüßt den Konrektor der Konrad-Adenauer-Hauptschule in Wipperfürth, Herrn Beilfuss, sowie Herrn Paul vom Planungsbüro Zacharias.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Fragestunde für Einwohner
- 2 Bericht der Verwaltung **FB II/3303/2017**
- 3 Entwicklung der Hauptschulen in Hückeswagen und Wip-  
perfürth **FB II/3302/2017**
- 4 Schulgebäudeplanung - Prüfung Standorte Löwen-  
Grundschule **FB II/3301/2017**
- 5 Mitteilungen und Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen und Anfragen

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Fragestunde für Einwohner**

Es werden keine Fragen gestellt.

#### **zu 2 Bericht der Verwaltung Vorlage: FB II/3303/2017**

Herr Persian weist auf die ausliegende Schulbroschüre hin, in der die Schul- und Bildungsangebote in Hückeswagen dargestellt sind.

Ergänzend zur Vorlage erläutert er den aktuellen Stand in Bezug auf die Zukunft der Stadtbibliothek.

Am 5.10.2017 hat ein Gespräch mit Herrn Professor Becker von der Technischen Universität Köln, den Bürgermeistern von Wipperfürth und Hückeswagen, den Bibliotheksleitungen und Verwaltungsmitarbeitern stattgefunden. Es ist vereinbart worden, dass Prof. Becker in einem Semesterprojekt mit Masterstudenten ein Konzept für die Zusammenarbeit der beiden Bibliotheken entwickeln will.

Außerdem sollen sich die Bibliotheksleitungen regelmäßig zum Austausch und zur Abstimmung treffen und es wird Anfang November eine Schulung für alle Mitarbeiter/innen, inklusive der Ehrenamtlichen, durchgeführt.

Der Freundeskreis wird eingebunden und die Mitglieder des Ausschusses auf dem Laufenden gehalten.

#### **zu 3 Entwicklung der Hauptschulen in Hückeswagen und Wipperfürth Vorlage: FB II/3302/2017**

Herr Persian leitet den Tagesordnungspunkt mit einem kurzen Rückblick auf seine persönlichen Erinnerungen ein, da er selbst Schüler der Montanusschule war. Er hält die Hauptschulen immer noch für einen wichtigen Baustein im mehrgliedrigen Schulsystem insbesondere zur Berufsorientierung. Er bedauert, dass dies aktuell nicht mehr anerkannt wird.

Auf der Grundlage der Anmeldezahlen der letzten Jahre an beiden Hauptschulen, die den Fortbestand beider Schulen gefährden, schlägt die Verwaltung eine ergebnisoffene Prüfung vor, ob es in Zukunft eine gemeinsame Hauptschule an einem Standort geben könnte.

Die Parteien nehmen wie folgt Stellung:

Eine Prüfung der Standorte wird von der CDU abgelehnt, weil die Untersu-

chung nach Auffassung der Fraktion nicht ergebnisoffen wäre. Wipperfürth wäre der einzig sinnvolle Standort, so dass die Hauptschule als gute Schule in Hückeswagen aufgegeben würde.

Es bestehe zudem kein Grund „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ zu begehen. Desweiteren bekämen Einpendler Probleme, wenn sie nach Wipperfürth müssten

Es besteht eine Chance für die Hauptschule, wenn sie näher an der Realschule ist (bei der Zusammenlegung in einem Gebäude in Hückeswagen).

Die SPD lehnt die Prüfung ebenfalls ab. Der Ratsbeschluss von 2015 soll umgesetzt werden (Hauptschule und Realschule sollen gemeinsam in das Gebäude der Hauptschule ziehen und die Löwen-Grundschule in das Realschulgebäude).

Wenn geprüft würde, würde viel Zeit vergehen, so dass der Beschluss für die Grundschule (Umzug in die Realschule) bis 2021 nicht mehr umsetzbar ist.

Wenn der gemeinsame Hauptschulstandort in Hückeswagen sein würde, wäre in dem Hauptschulgebäude kein Platz mehr für die Realschule.

Sollte im nächsten Jahr keine Eingangsklasse an der Hauptschule gebildet werden können, müsste man nach einem anderen Modell suchen.

Auch die FDP wird der Prüfung nicht zustimmen, da die Untersuchung nicht standortneutral sei.

Die Entwicklung der Hauptschule wird nicht so negativ gesehen, es kommen wieder mehr Schüler, siehe auch die Aussagen der Bertelsmannstudie.

Die NRW Schulpolitik werde verstärkt auf Hauptschulen setzen, um Kinder für eine Ausbildung zu qualifizieren.

Die UWG schließt sich den Argumenten der Vorredner an und ist ebenfalls gegen die Prüfung.

B90 / Grüne sprechen sich für die Prüfung aus, da bereits zwei Versuche gescheitert sind, die vorhandenen Schulen zusammenzuführen (Sekundarschule und Gesamtschule mit Rade).

Die FaB ist für die Prüfung, da es eine Chance für die Hauptschule darstellt. Die Qualität in Hückeswagen müsse erhalten bleiben.

Herr Püschel gibt zu bedenken, dass die Schule seit 2013 um den Fortbestand kämpft und jedes Jahr das Anmeldeverfahren wieder eine Gratwanderung bedeutet.

Wenn man die Bertelsmannstudie genauer betrachte, ergeben sich vielleicht 12 Kinder mehr für Hückeswagen, wodurch die Schule nicht gerettet werden könne.

Er bittet darum, der Realität ins Auge zu blicken und die Situation neutral zu betrachten. Die Hauptschulen sind an beiden Standorten gut, so dass nicht der Standort entscheidend sein sollte, sondern das Wohl der Kinder.

Herr Kirch weist noch einmal darauf hin, dass ein einzügiger Fortbestand nicht das Ziel sein kann, da weder ausreichende Differenzierung angeboten, noch eine entsprechende Lehrerversorgung sichergestellt werden kann.

Frau Klur unterstützt dies, da die Attraktivität einer Schule auch mit der Größe zusammenhängt. Sie bedauert, dass die Expertise von Schulleitungen und Schulverwaltung nicht berücksichtigt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, die Prüfung der Möglichkeiten für einen gemeinsamen Hauptschulstandort in Hückeswagen oder Wipperfürth zu veranlassen.

Dies vorbehaltlich einer gleichlautenden Beschlussfassung in der Hansestadt Wipperfürth im Ausschuss für Schule und Soziales am 12.10.2017.

**Abstimmungsergebnis:**

2 x Ja

8 x Nein

1 x Enthaltung

Der vorgeschlagene Beschluss ist damit abgelehnt.

**zu 4 Schulgebäudeplanung - Prüfung Standorte Löwen-Grundschule  
Vorlage: FB II/3301/2017**

Nach kurzer Einleitung durch Herrn Persian, stellt Herr Paul anhand einer Präsentation, die als Anlage beigelegt ist, die Argumente aus dem Thesenpapier, das bereits mit der Einladung verschickt worden ist, noch einmal in bewerteter Form (Ampelsystem) vor.

Im Ergebnis sprechen die meisten Punkte für einen Neubau für die Löwen-Grundschule.

Herr Moritz weist darauf hin, dass bei diesen Punkten die Wirtschaftlichkeit nicht betrachtet worden sei. Dieser Aspekt ist allerdings von Frau Bever ausführlich in einer Stellungnahme dargestellt worden, siehe vorliegende Anlage zur Sitzungsunterlage.

Herr Persian benennt drei Punkte, die für ihn und für die Verwaltung für den Neubau ausschlaggebend sind:

- Die Neubauvariante beeinträchtigt den Schulalltag aller betroffenen Schulen am wenigsten.
- Finanziell bzw. wirtschaftlich ist es die günstigste Lösung, wobei auch die laufenden Betriebskosten gesenkt werden.
- Ein Neubau ermöglicht am besten die Umsetzung der Anforderungen an eine moderne Grundschule.

Die Fraktionen stellen die Ergebnisse ihrer Beratungen vor:

Herr von der Neyen:

Die CDU will an dem Ratsbeschluss vom 29.9.2015 festhalten und sich für die Variante 2 aussprechen.

Der geplante Neubau im Brunsbachtal würde zu nah an der Grundschule Wiehagen liegen und damit zu weit vom Zentrum entfernt. Außerdem ist das dortige Grundstück zu klein und die Turnhallen der ehemaligen KGS und der Realschule würden entfallen, was auch für die örtlichen Vereine nachteilig wäre.

Herr Sabelek berichtet von einer schwierigen Entscheidung aus Sicht von Bündnis 90/ Grünen.

Im Ergebnis ist die Entscheidung für Variante 2 gefallen, weil das Hauptschulgebäude für die Zukunft gesetzt ist, die Größe der Realschule inklusive Grundstück vorteilhaft für die Grundschule und die Trennung von OGS und Schule wäre.

Außerdem würden geringere Kosten für eine Stadt im HSK entstehen und die Nutzung der Realschulturnhalle für Schule und Vereine positiv sei.

Schließlich fordert er die Erweiterung des Arbeitskreises Schule um die Vertreter der Politik zur Planung der weiteren Schritte.

Frau Gemblar schließt sich für die SPD den Argumenten der Vorredner an und spricht sich ebenfalls für die Variante 2 und die Umsetzung des Ratsbeschlusses von 2015 aus. Sollten die jetzt dargestellten „Horrorszenarien“ eintreten, müssten andere Lösungen gesucht werden.

Herr Kloppenburg erinnert daran, dass die FDP auch 2015 schon gegen den Ratsbeschluss gestimmt hat und bei dieser Meinung bleibt. Die Argumente von Herrn Paul und der Verwaltung seien stichhaltig und klar.

Es sprechen lediglich ideologische Gründe für das Festhalten an den alten Argumenten.

Entgegen der Auffassung der Grünen sei die Umsetzung der Inklusion im Realschulgebäude fast nicht möglich. Man müsse auch an die Kinder denken.

Herr Junginger erklärt, dass sich die FaB der FDP anschließe. Die Variante 3 sei die einzig sinnvolle Lösung und ein Ratsbeschluss könne auch geändert werden. Außerdem könnten Fördermittel genutzt werden, die den Bürgern unnötige Kosten ersparen würden.

Frau Bever erläutert die wesentlichen Punkte zur wirtschaftlichen Belastung der Maßnahmen. Unter Berücksichtigung von Zinsen und Abschreibungen ergeben sich bei den Varianten 2 und 3 analoge Belastungen.

Durch eine Entzerrung der Maßnahmen können zukünftig ggfs. auch Fördermittel genutzt werden. Bei der Landesregierung deuten sich Änderungen hinsichtlich neuer Schulförderungsprojekte an.

Frau Grobe plädiert ebenfalls für einen Neubau für die Löwen-Grundschule, da die Argumente für sie überzeugend seien. Daher ist es auch für sie nicht verständlich, warum an dem alten Beschluss festgehalten werden soll.

Frau Klur erklärt, dass im Ausschuss bekanntlich Argumente eingefordert worden seien, diese nun aber leider nicht beachtet würden. Die jetzt präferierte Lösung wird massive Behinderungen in den betroffenen Schulen verursachen. Sie bedauert auch, dass im Vorfeld nicht mit den Schulleitungen und Bürgern gesprochen worden sei.

Spontane Lösungen in der Übergangszeit würden zu Lasten von Eltern, Lehrern und Schüler/innen gehen.

Frau Bütow betont ebenfalls, dass die Realschule nach den früheren Ausführungen im Ausschuss nie komplett barrierefrei sein wird. Sie hält die Situation für eine Zumutung für kleine Kinder.

Die Befürchtung von Herrn Becker, dass ein Standort leer stehen und Kosten verursachen könnte wird von Herrn Junginger bestritten, da die Grundstücke im Wohngebiet gut zu vermarkten seien.

Herr Kloppenburg bringt die Möglichkeit eines Bürgerentscheides, bzw. Ratsbürgerentscheid gemäß § 26 Abs. 1 der Gemeindeordnung ins Gespräch.

Herr Persian informiert zu dem angesprochenen Paragraphen, gibt aber zu bedenken, dass der Rat als gewähltes Gremium die Verantwortung der Entscheidung tragen sollte.

Herr Pohl beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird daraufhin von 18.45 Uhr bis 18.55 Uhr unterbrochen.

Herr von der Neyen legt einen erweiterten Beschlussvorschlag vor und verteilt Kopien an die Mitglieder des Ausschusses, s. Anlage.

Herr Sabelek unterstützt den Vorschlag von Herrn Kloppenburg, sieht allerdings auch den Zeitverzug von einem halben bis einem Jahr, der durch dieses Verfahren ausgelöst würde.

Er hält einen Beschluss des Schulausschusses daher für unnötig.

Herr Moritz sieht es jedoch als sinnvoll an, einen Beschluss als Empfehlung für den Rat zu fassen, dieser könne dann anders entscheiden.

Es werden verschiedene Beschlüsse gefasst.

### **Beschluss:**

**1. Auf Antrag von Herrn Kloppenburg wird darüber abgestimmt, ob der Schulausschuss keinen inhaltlichen Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt fassen soll.**

Ja: 3 Stimmen

Nein: 8 Stimmen

Das heißt, der Ausschuss stimmt nunmehr über den Beschlussvorschlag ab.

**2. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 GO, zu prüfen.**

Ja: 10 Stimmen

Enthaltung: 1 Stimme

**3. Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussentwurf:**

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, die Variante...2...umzusetzen.

Variante 1: 11 x Nein

Variante 2: 8 x Ja

Variante 3: 3 x Enthaltung

Über den Beschlussvorschlag der CDU wird nicht abgestimmt, er wird dem Rat zur Kenntnis gegeben.

**zu 5 Mitteilungen und Anfragen**

In der letzten Sitzung hatte Herr Junginger die Situation der Toiletten und die Gefahr von Verstopfungen der Leitungen durch Toilettenpapier an der Löwen-Grundschule angesprochen.

Herr Klewinghaus berichtet, dass die Toilettenanlage geprüft worden ist und diese technisch in Ordnung ist. Da aber der Geruch sehr unangenehm ist, schlägt die Verwaltung vor, dort eine spezielle Grundreinigung von Fliesen und Fugen vorzunehmen.

Herr Junginger kündigt einen Antrag für den nichtöffentlichen Teil an.

Für die Richtigkeit:

Datum: 03.11.2017

---

Frank Moritz

---

Annette Binder  
Schriftführerin

Kenntnis genommen:

---

Bürgermeister o.V.i.A.